

Wenn der Buchdrucker-Verband denn neutral ist, wofür denn sein Eintreten für die anderen „freien“ Verbände? Will er den Beweis erbringen, daß diese alle auch neutral sind? An diesen Versuch wird er sich wohl nicht mehr heranwagen. Sind diese Verbände aber nicht mehr neutral, nun dann müßte der neutral sein vollende Buchdrucker-Verband gegen diese Verbände scharf machen und eintreten für solche Verbände die wirklich Neutralität üben. Er müßte die Verechtigung der christlichen Bewegung anerkennen, wollte er konsequent sein. Aber nein, so etwas gibt's ja gar nicht. Man behandelt diese Fragen eben alle vom Standpunkt der modernen Weltanschauung und da ist eben der Weg gegeben, den man geht. Für christliche Heberzeugung und Betätigung nur Unterdrückung und Förderung der „wahren Kultur-Bewegung“ genannt „moderne Weltanschauung“ zu deuten, Christentums-Feindschaft.

Aber auch in der uns noch näher interessierenden Buchbinder-Zeitung hat der Kongreß gemischte Gefühle ausgelöst. Hier liegen sich sogar Redakteur und Zentral-Vorsitzender in den Haaren. Während Ersterer mehr den revisionistischen Standpunkt vertritt, steht Kloth ganz auf radikaler Seite. Ein Kampf in so nahen Beziehungen kann da nicht ausbleiben.

Der Redakteur hatte in 2 Artikeln den Kongreß besprochen und mehr vom Standpunkte eines Nur-Gewerkschaftlers die dortigen Beschlüsse betrachtet. So bezüglich der Maifeier und des Generalstreiks. Er hatte hier seine hohe Befriedigung über die Behandlung, welche diese beiden Fragen auf dem Kongreß erfahren haben, ausgedrückt. Weil hierin nun ein gewisser Gegensatz gegen die All-Heil-Partei liegt, kommt ihm sein Zentral-Vorsitzender in die Parade und verwahrt seinen Buchbinder-Verband ganz entschieden gegen jeden Versuch, diesen Verband auch nur im geringsten von der Partei loszulösen oder in einen Gegensatz zu den Beschlüssen des letzten internationalen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses zu bringen.

Er versucht nun nachzuweisen, daß Schmidt früher selbst für eine Maifeier agitiert und sich also mit seinen Ansichten gemauert habe usw. Darauf gibt Schmidt ihm nun folgende gepefferte Antwort:

„Entw. Kloth meint, es sei der größte Widerspruch, wenn wir verpflichtet seien, mehr als bisher für Durchführung der Arbeitssuche zu sorgen, und unser Organ bringe keinen Maifeierartikel. Ich kenne einen größeren Widerspruch! Das ist der, daß der Redakteur gezwungen werden soll, die Mitglieder durch die Zeitung zum Studientum der Arbeit zu veranlassen, und wenn sie deshalb gemahngelt werden, der Verbandsvorstand ihnen die Unterstützung verweigert mit der Mahngabe, sie haben das auf ihr eigenes Risiko getan! Wies denn überhaupt noch etwas Widersprechendes, Inkonsistentes an dieser Welt? Mag also erst auch unser Verbandsvorstand diesen „großen Widerspruch“ bestritten, dann läßt sich über die Propagierung der Arbeitssuche am 1. Mai weiter reden. Was dann geschieht, soll jetzt hier nicht erörtert werden.“

Ich aber sage, so lange das nicht ist, bin ich nicht gewissenlos genug, unsere Rolle zu verleiten, alljährlich ihre Stellungen zu vertieren, um sie arbeitslos und unter Umständen ohne Unterstützung aus Pflichten zu setzen. Manche würde durch die Maifeier arbeitslos und bliebe bei der großen Arbeitslosigkeit im Gewerbe vielleicht ein halbes Jahr arbeitslos, um dann bei der nächsten Maifeier wieder in dieselbe Stalamentur zu kommen. Viele der ärgsten Schreier in der Maifeierfrage befinden sich in Stellungen, wo sie nicht ihre eigene Haut zu Marke tragen müssen. Fragt die, die das alljährlich tun müssen, und ihr werdet eine andere Antwort bekommen!

Ei, ei, ei, also doch, diese Antwort mögen sich nur ja alle unsere Kollegen merken und sich ins Gedächtnis einprägen. Wenn dann die Herrn Agitatoren vom „freien“ Verband kommen und behaupten, die christlichen würden oder könnten nicht die Interessen unserer Kollegen vertreten, so präsentiert ihnen das obige. Also aus der Arbeit drängen die Kollegen uns Brot bringen und sie dann ihrem Schicksal überlassen, das ist die unehrenhafte Stellung beim „freien“ Verband und warum? Damit nur ja der Verein der All-Heil-Partei blüht, damit nur ja recht viele unglückliche und unglückliche Kollegen herumlaufen, weil für's revolutionäre Programm des Herrn Kloth

und Genossen. Reint euch das zusammen, was ihr persönlich schon erfahren und erlebt hat von der Brüderlichkeit unserer Genossen, denkt an den Ausspruch: Ein Streit der längere Zeit dauert, und verloren geht, ist besser wie einer, der kurze Zeit dauert und gewonnen wird, so werdet ihr wohl keines Beweises mehr bedürfen, wo jeder vernünftig Beweiser Kollege hingehört und wie notwendig eine Frontstellung gegen derartige Praktiken ist. Der Artikel enthält noch mehr derauf interessante Sachen, die wir uns aber für die nächste Nummer reservieren müssen.
J. H.

Zum Urteil gegen den Seefeldler-Bund.

Der Wortlaut des Urteils ist folgender:
„Die in der Generalversammlung des besagten Bundes vom 21.—26. April 1905 beschlossene Statutenänderung ist ungültig, soweit sich die Ausdehnung der Zwecke des Bundes auf eine Gewerkschaftskasse bezieht. Doch ist die Befolgung der in dem neuen Statut zu § bis zu dem Wort „Mitglieder“ und zu § angegebenen Zielen durch den besagten Bund zulässig. Im übrigen werden die Kläger mit der Klage abgewiesen und die Kosten dem besagten Bund zu 1/2, den Klägern zu 1/2 aufgelegt.“

Uns ist es wohl klar, daß die Möglichkeiten, die sich aus diesem Urteil ergeben, von weittragender Bedeutung sind. Es wird den Herren Verschmelzungsfreunden ein Wink gegeben, auf welche Weise sie doch noch ihren Weg finden können, um ihr Ziel zu erreichen. Denn es kann eventl. Heile- und Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden. Zu dieser Einführung müssen die Beiträge erhöht werden. Hieran folgert schon die graphische Presse, daß auch selbst die Kläger, wenn diese den erhöhten Beitrag nicht zahlen wollen, rechtswirksam ausgeschlossen werden können.

Das Bundesorgan die graphische Presse schreibt nun hierzu mit einer Kaltblütigkeit und Gemütslosigkeit wie folgt:

Es tritt also der Zustand für die 31 Kläger ein, daß sie 1,20 Mark Beitrag zahlen müssen, daß sie dafür Heile- und Arbeitslosenunterstützung mitbezahlen können, daß aber der Bund diesen Klägern keine Streik- und Maßregelungsunterstützung zahlen braucht, ebenso ihnen keinen Rechtschutz gewähren kann. Also in aller Form Mitglieder der 2. Klasse. Dieselben Pflichten, aber weniger Rechte wie die Gesamtheit.

Auch einen weiteren Verzicht müssen sich diese Kläger gefallen lassen usw.

Also das Urteil des Gerichtshofes soll nur auf die 31 Kläger zutreffen; obwohl dasselbe merkwürdigerweise allgemein von einer Ungültigkeitserklärung des neuen Statuts spricht, so bringt es die graphische Presse trotzdem fertig zu schreiben:

Es bleibt also Tatsache, daß das in Berlin beschlossene Statut am 1. Juli vollinhaltlich in Kraft tritt und zu recht besteht. Ebenso behalten alle weiteren Beschlüsse der Generalversammlung für die Gesamtmittglieder des Bundes und des Verbandes ihre Gültigkeit.

Nun, wir wollen den weiteren Verlauf abwarten. Aber angesichts solcher Raffiniertheit, nach einem solchen Gewaltakte, der aller Beschreibung Hohn spottet, noch von einer Schmach und von Egoismus zu reden von den Klägern, die sich nicht gegen ihre Heberzeugung in einen sozialdemokratischen Verband hineinzwingen lassen wollen, da schweigen alle Flüster.

Man erlebte das Schauspiel, daß dieselben Leute, welche diese obengenannten Unterstützungszweige im Bunde schon einmal abschafften und in Saalfeld bei der damaligen Generalversammlung sich nicht genug darauf zugute tun konnten, dieselben wieder einführten. Der Lithograph (Organ des Lithographenbundes) schreibt hierzu: „Das nennt man eben Taktik (Diebestunft).“

Man entrüstet sich in der fürchterlichsten Weise, wenn irgendwie das freie Koalitionsrecht des Arbeiters in Frage gestellt zu werden droht und mit Recht; hier aber schreden Arbeiter nicht zurück, ihre Arbeitskollegen zu zwingen, sich

gegen ihre Heberzeugung zu koalieren. Man schreit gegen die Unterdrückung und strebt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln nach Gleichberechtigung und wieder mit Recht; selbst aber unterdrückt man die freie Meinung, verpöndelt die Heberzeugung und macht die eigenen Arbeitskollegen unter Lohn (im Verbanne), zu Mitgliedern 2. Klasse.

Und da will man es den rechtlich denkenden Kollegen verargen, wenn sie nicht mitmachen wollen. Doch müge man nur so weiter machen, solches Gebahren gegenüber Arbeitsbrüdern wird sich noch bitter rächen, es ist noch nicht alle Tage Abend.

Die Probe auf's Exempel.

Denjenigen Agitatoren, der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die bisher mit dem Feigenblatt der „Neutralität“ treiben gingen, um christlich-national gesinnte Arbeiter in ihre Verbände zu locken, sind gleich dem betäubten Vohgerber alle Felle fortgeschwommen. Der Ausspruch Büneburgs auf dem Kölner Kongreß: „Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins und sollen eins bleiben,“ sowie die Feststellung desselben sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften von den christlichen Organisationen „zwei Weltanschauungen trennen“, ferner die wiederholte Erklärung des Vorsitzenden der Generalkommission, Region (in Köln und auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Berlin), daß die Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften unrechtsgültig seien, und schließlich die von demselben Manne den christlichen Arbeitern unter dem Beifall seiner Genossen ins Auge nicht gefahleuderte Beleidigungen, daß die christl. Arbeiter unvernünftig und energielos seien, haben Klarheit über das grundsätzlich Trennende in der Arbeiterschaft gebracht, die von der christl. Arbeiterschaft sehr begrüßt, von den sozialdemokratischen Neutralitätsdrachenziehern aber lebhaft beklagt wird. „Nacht muß es sein, wo Friedlands Sterne strahlen!“ So sind denn auch die Neutralitätschwärmer schon wieder eifrig am Tonteln und Tröben an Hammelburg und Saganer Erklärungen und suchen die dadurch gebrachte Klarheit zu trüben. Es ist deshalb außerordentlich wertvoll, daß im gegenwärtigen Moment ein Mann wie Chr. Tischenbörfer, der seit vielen Jahren als ein eifriger, gewandter und pflichtgetreuer Gewerkschaftler in dem sog. „freien“ Verband der Lithographen und Steinbrüder mitgearbeitet hat, die Konsequenz seiner Erfahrungen als Christ und national gesinnter Mann hat ziehen müssen und seinen Austritt aus dem Verbanne erklärte. Er hat an den Vorstand des Verbandes folgendes Schreiben gerichtet:

„Vor drei Jahren wurde der Gewerkschaftskongreß in Stuttgart mit der Parole geschlossen: „Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins.“ Seit dieser Zeit war ich in meiner Eigenschaft als Nichtsozialdemokrat im Verein einer steigenden Bekämpfung ausgesetzt. Nachdem die Stuttgarter Parole auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß eine veritäre Wiederholung gefunden hat, ist eine Aenderung dieser Praxis nicht mehr zu erhoffen. Es bleibt vielmehr dabei, daß ein nicht sozialdemokratisches Mitglied des Vereins, das sich pflichtmäßig betätigen will, weder auf die Gewährung der vollen Gleichheit noch auf die der gleichen Freiheit rechnen kann. Damit ist der Verein von den Richtlinien für eine fruchtbare Gewerkschaftsarbeit abgewichen, wie sie selbst Hebel vor mehreren Jahren in einer Berliner Versammlung der Lithographen und Steinbrüder unter dem Beifall aller Röll. vertreten hat. An diese Entwicklung des Vereins zu einer sozialdemokratischen Gewerkschaft reichte sich die glückliche Verlegung des höchsten Arbeiterrechtes, der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, durch den Verein. Die hierauf bezüglichen, von mir in Nr. 28 der „Soz. Frag.“ besprochenen Vorgänge und die späteren Beschlüsse kann meines Erachtens kein Mitglied beantworten, das auf dem Boden der Koalitionsfreiheit aller Arbeiter steht. Unter diesen Umständen ist es mir zu meinem Bedauern nicht mehr möglich, dem Verein anzugehören, und ich erkläre daher meinen Austritt.“

Dazu schreibt die nat.-soz. „Hilfe“ (Nr. 26), ein Blatt, das bisher sehr stark mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften sympathisierte:

„Niemand kann Tischenbörfer nachsagen, er habe seine gewerkschaftlichen Pflichten nicht mit voller Eingabe erfüllt. Gatten ihn doch seine eigenen Berufskollegen mit

an die erste Stelle in seiner Gewerkschaft gestellt. Trotzdem war er steigenden Anforderungen ausgesetzt. Warum? Weil er den Begriff „Neutralität der Gewerkschaftsbewegung“ nicht als Lüge, sondern als Wahrheit betrachtete, und in seinem politischen Leben außerhalb der Gewerkschaftsbewegung sich als Nichtsozialdemokrat betätigte. Seine politische Arbeit war aber bekanntlich demart, daß sie mit den sozialpolitischen Bestrebungen der Gewerkschaften auch nicht im geringsten in Widerspruch geraten konnte. Trotzdem war er in steigendem Maße allen denjenigen Schlägen ausgesetzt, die aus platonischer Verhegung und innerer Haltlosigkeit hervorzugehen pflegen. Er schiedet, wie wir hören, ohne jede Bitterkeit, aber in der besten Heberzeugung, daß die sog. Neutralität der freien Gewerkschaften eine Fatale ist und nichts anderes.“

Zur „neuen“ Tarifsbewegung.

Wie es allen Anschein hat, will man sich eine neue Blöße holen mit der neuerdings eingeleiteten Tarifsbewegung der Lithographen und Steinbrücker. Man will jetzt in einzelnen Ländern (d. h. prinzipiell) vorgehen. In diesem Zweck war nun auch der Zentralvorstand des freien Verbandes Sillier von Berlin in Nürnberg, um die Sache selbst in die Hand zu nehmen, damit sie nicht wieder in die Hände einer „Kuddeleudelformission“ kommt, sondern in Händen des „freien“ Verbandes bleibt. Gut.

Das Haupthindernis, welche die letzten geplanten Verhandlungen verhinderte war: 1. Der Hinweis auf die Konkurrenz in Nord- und Nordwestdeutschland, wo tatsächlich die Verhältnisse in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Lehrlingswesen etc. bedeutend schlechter sind als in Süddeutschland speziell in Bayern. 2. Das Verlangen, daß alle Organisationen etc. vertreten sein sollen. Statt nun als kluge Sozialpolitiker schon gleich von vornherein diese beiden Hauptdifferenzpunkte zu umgehen, macht man zum drittenmale diesen Genietreich, indem man in Bayern, wo die Verhältnisse besser liegen, die Bewegung beginnen will, statt dort wo die Konkurrenz den Hemmschuh bildet erst die allgemeine Lage zu bessern, um gleichmäßige Verhältnisse im ganzen Reich zu schaffen, denn nur dann ist ein einheitlicher Tarif möglich, wenn man auch gerecht ist.

Doch uns kann es auch recht sein, wenn man noch den zweiten Fehler begeht und allein vorgehen will, nach der Direktive Silliers, denn bereits machte man in Nürnberg die Erfahrung, daß die Anfragen, welche schriftlich an die Koll. (der eigenen Organisation) gerichtet worden sind, sehr schlecht beantwortet wurden. Die Kollegen wollen zum großen Teil von einem „event. Streik“ nichts wissen.

Die Bauarbeiterausperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Am Freitagdienstag sind vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk gegen 6000 Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter) ausgesperrt worden. Somit ist in diesem Bezirk, der in diesem Jahre schon einmal unter einem Riesenkampf zu leiden hatte, ein neuer entbrannt der für das Wirtschaftsleben jener Gegend schwere Schäden zeitigen kann. Ist der Bergarbeiterstreik indirekt durch die Arbeitgeber verursacht worden, so haben den gegenwärtigen Kampf die Arbeitgeber direkt inszeniert. Wie sie angeben, mußten sie zu der Aussperrung schreiben, weil in Dortmund einige Zimmerplätze und die Bauten eines Maurermeisters seitens der Arbeiter gesperrt wurden. Jeder, der über diese Motivierung der Aussperrung etwas nachdenkt, wird sofort klar sein, daß sie nicht haltbar ist. Was würde man wohl sagen, wenn wir Arbeiter in 20 Orten in den Ansätzen treten würden, weil wir in einem Orte mit einigen Arbeitgebern in Differenzen geraten sind? Die ganze öffentliche Meinung würde gegen die Arbeiter Stellung nehmen und das Vorgehen als ein Produkt des Übermutts und der Verwegung hinstellen. Hier wo die Arbeitgeber sich nicht entblößen, wegen einiger Bauperrnen über einen großen Bezirk schwere wirtschaftliche Schäden heraufzubeschießen und ohne vernünftigen Grund viele Tausend Arbeitskräfte lahm zu legen, ist von Entrüstung ob solchen Vorgehens nichts zu merken.

Um den Kollegen zu ermöglichen, sich ein Urteil über die Motivierung der Aussperrung bilden zu können, sei ihre Vorgeschichte hier kurz angeführt. In Dortmund bestand bis April dieses Jahres zwischen den organisierten Mauern und Zimmerern einerseits und der Innung für das Baugewerbe andererseits ein Tarifvertrag

nach welchem der Stundenlohn 50 Pfg. betrug. Im vorigen Winter, als Verhandlungen über Verlängerung des Tarifes stattfinden sollten, wurde von Arbeiterteile für Maurer und Zimmerer ein Stundenlohn von 55 Pfg. und für Hilfsarbeiter von 45 Pfg. verlangt. Die Arbeitgeber erschienen zu den Verhandlungen mit gebundener Marschroute und erklärten mit den Arbeitern ein Abkommen bis 31. Juli 1906 treffen zu wollen bei 52 resp. 42 Pfg. Höchstlohn. Ueber die Lohnhöhe wäre schließlich eine Einigung erzielt worden, wenn von den Arbeitgebern nicht so streng an dem Abbandatum der Vereinbarung festgehalten worden wäre. Die Arbeitgebervertreter schloßen aus diesem Umstande und der Tatsache, daß an diesem Datum noch mehrere Tarifverträge in dem Bezirk dieses Arbeitgeberbundes ablaufen, daß die Arbeitgeber eine allgemeine Bezugsansperrung planen. Dieser wollten sie entgegenwirken und verlangten einen anderen Abbandtermin. Infolgedessen kam keine Einigung zustande. Anfangs Mai traten die sozialdemokratisch organisierten Zimmerer bei einigen Arbeitgebern in den Ansätzen wegen 55 Pfg. Stundenlohn, ohne sich vorher mit den anderen Bauarbeiterorganisationen ins Einvernehmen zu setzen. Die Arbeitgeber verlangeten nun von den organisierten Mauern und Hilfsarbeitern, sie sollen die Zimmerer zur Aufnahme der Arbeit veranlassen. Für den Fall, daß die Zimmerer die Bauperrnen nicht aufheben, wurde eine Aussperrung sämtlicher organisierter Bauarbeiter angedroht.

Inzwischen hatten auch die Maurer über die Bauten des Unternehmers Schulte die Sperrverhängel, weil er Sonnabends nicht um 6 Uhr wollte Feierabend machen lassen, was die meisten Arbeitgeber bereits gefordert hätten. Schaden hatten die Arbeitgeber von dem früher Feierabend machen nicht, da die Arbeiter die Zeit nicht bezahlt verlangten. Da es den Mauern und Hilfsarbeitern unmöglich war — es liegt gar nicht in ihrer Macht — die Zimmerer zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen, erfolgte vor 4 Wochen in Dortmund die Aussperrung sämtlicher organisierter Bauarbeiter. Nachdem dort die Aussperrung 14 Tage gedauert hatte, gaben die Arbeitgeber bekannt, daß sie die organisierten Bauarbeiter im ganzen Gebiet des Arbeitgeberbundes aussperrten werden, falls in Dortmund nicht die Sperrn aufgehoben werden. Nun legte sich die Behörde ins Mittel. Unter dem Vorsitz des Herrn Regierungspräsidenten von Arnsberg fand am Freitag vor Pfingsten im Rathhause zu Hagen eine Sitzung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern statt. Da erklärten die Arbeitgebervertreter keine Tarifverträge mehr abschließen zu wollen und Löhne nach Leistungen, d. h. nach Willkür zu zahlen. Eine Einigung war unter diesen Umständen nicht möglich, da die Arbeiter im Interesse des sozialen Friedens einen bis auf die Lohnhöhe einheitlichen Tarifvertrag für den ganzen Bezirk forderten. Der Kampf dreht sich weniger um die Lohnhöhe, wie um die Tarifverträge überhaupt.

Die Arbeitgeber des Baugewerbes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wollen keine Tarifverträge, das ist der springende Punkt. In ihrem Bunde haben die Männer Unelischer Gesinnung die Oberhand bekommen und wollen den Unelischen Anspruch auf wirtschaftlichem Gebiet dürfe man die Arbeiter nicht als gleichberechtigt anerkennen, in die Praxis umsetzen. Die Arbeitgeber des Baugewerbes lassen sich von den Großindustriellen als Sturmbock benennen, denn ihrer Ansicht nach sind Tarifverträge für die Arbeitgeber schädlich, ist eine Selbsttäuschung die ihnen noch teuer wird zu stehen kommen. Sie können, wenn sie dem Beispiele ihrer Berliner Kollegen folgen, Tarifverträge ohne Schaden abschließen, da sie nicht mit Weltmarktpreisen zu rechnen haben wie andere Industriezweige. Wahrscheinlich befürchten die Großindustriellen, daß auch ihre Arbeiter sich mehr auf ihre Gleichberechtigung besinnen, wenn die Arbeiter des Baugewerbes durch die Organisationen bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Einfluß ausüben. Man kann nicht wissen, ob sie nicht gar die ganze Aussperrung angezettelt haben und ihren Helfern im Baugewerbe die Munition liefern.

Angesichts der geschilderten Tatsachen und Wahrscheinlichkeiten wird jedem denkenden Arbeiter klar sein, daß er die Pflicht hat, die kämpfenden Bauarbeiter im Ruhrkohlengebiet nach Kräften zu unterstützen. Sie kämpfen hauptsächlich um Tarifverträge, um die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Unterliegen sie, so werden nicht nur die Arbeitgeber im Baugewerbe ihre vermeintlichen Vorrechte in Anwendung bringen, sondern auch die Arbeitgeber in den anderen Gewerben werden ihre Arbeiter nach Unelischen Muster behandeln. Von den kämpfenden gehören mehr als die Hälfte dem christlichen Bauarbeiterverband an. Christliche Arbeiter, eure Pflicht ist es, diese besonders zu unterstützen, sie kämpfen für euch mit. Hoch die Solidarität der christlichen Arbeiter!

(Sammelgelde sind sofort an unsere Hauptkassa einzuliefern.)

Die Handwerks-Ausstellung in Köln

Ist leider vom Buchbinderhandwerk recht kümmerlich besetzt worden. Gerade die Meister, die etwas leisten können, besonders auch im Kunsthandwerk, sind nicht vertreten. Eine solche Abseitsstellung kann man nur bedauern. Bei einer solchen Gelegenheit sollte man doch alle Kleinlichen Bedenken zurückstellen und nur das Gesamtinteresse im Auge haben. Hier offenbart sich auch wieder die kleinliche Eigenbrödelei, über die soviel in Buchbinderkreisen zu klagen ist, gewiß zum Schaden des ganzen Gewerbes. Sehr gefreut hat es uns, daß die Arbeiten der Gehilfen noch am meisten für Kunst im Handwerk Zeugnis ablegen und daß es Verbandsmitglieber zumeist waren, hat uns doppelt gefreut. Auch ein Beweis, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit sie nicht gehindert hat, auch die fachliche Ausbildung zupflegen.

Unter den Ausstellern kommt zunächst: Franz Passenholz, Köln-Deutz. Geschäftsbücher mit Leder-Besatz, Farbendruck in 10 Platten, Wein- und Speisefarten, Halbfranz-Bände usw., durchgehend gute solide Arbeit, die ein tüchtiges Vorwärtstreben verrät.

Otto Ritterbach, Köln. Hat seine Sachen in origineller Weise in einem, in Form eines großen Geschäftsbuches hergestellten, Schrank ausgestellt. Der Schrank ist ganz in Molestin, mit Lederbesatz und Titel versehen. Ausgestellt sind Umschlag-Prägungen, Geschäftsbücher und Verlagswerke. Clemens Höyner, Köln. Musterkarten.

Karl Lemperg, Köln. Einbände und Karten in gutem Geschmack. Ein Album von Köln ist leider verunglückt; der betreffende Arbeiter hat sich eine zu schwere Aufgabe gestellt, deren Lösung ihm leider nicht gelungen ist. Weniger und gut wäre mehr gewesen.

Math. Küfer, Köln. Geschmackvolle, tadellose Passpartout und Einrahmungen.

Theod. Becker, Köln. Unter anderem ein Imperial in Juchten, gut ausgeführt. Hübsche Einbände, teilweise eigenartig.

Wilh. Jörnsch, Köln. Goldenes Buch der evangelischen Bürgervereinigung.

Karl Martini, Brühl. Hervorragend vertreten in allen Arten von Prägungen für Umschläge, Decken, Plakaten etc. Sehr reichhaltige Sammlung.

Math. Ritz, Honnef. Einige Lederarbeiten und einfache Einbände.

Jgn. Schneider, Honnef. Mappe in ganz Leder und einige Einbände. Meisterstücke haben ausgestellt:

Gottfr. Iven, Köln, Fritz Laupert, Braunweiler, Ludw. Schloßhahn.

Wesellenski hat ausgestellt: W. Schnitzler, Köln.

In der Ausstellung des Hofgoldschmiedes Gabriel Hermeling ist das goldene Buch der großen Karnevals-Gesellschaft zu sehen. Die ganze Decke in Gold mit reichem figürlichen Schmuck, prachtvolle Arbeit. Ein Buch in weiß Saffian mit reichem Goldbesatz. Dann wäre vielleicht auch noch H. Soenenken, Bonn zu erwähnen, mit Schreibwaren und Schreibmöbel. Die Geschäftsstelle der Ausstellung ist durch die Firma ausgestattet und wird gerne Interessenten gezeigt.

Die Sammel-Ausstellungen der Fachabteilungen in den katholischen Gesellenvereinen von Köln, Bonn, Köln-Ehrenfeld, Euskirchen, Godesberg und Honnef sind für Gehilfen wohl mit am sehenswertesten. Hier finden wir, wie schon eingangs gesagt, bekannte Namen: Pet. Pomp hat ein Album mit sehr schöner, reicher Handvergoldung, Feinr. Jörg und andere Geschäftsbücher teilweise mit Besatz, saubere Arbeiten, Lücke, Musterrücken mit Handvergoldung, welche ein gutes Können verraten. Weiter ohne Namen: ein Messbuch, Gebetsbilder und anderes. Nun zuletzt Chr. Bolling, aber nicht an letzter Stelle: 1 Album mit Lederanfrage, 1 Doppel-Photographie, Rahmen ebenfalls Handvergoldung mit Lederanfrage,

